



INFO AARGAU

Informationen der Evangelischen Volkspartei Aargau



Meine erste Session

Lilian Studer, Nationalrätin

Highlights

Der 3. und der 11. Dezember sind für mich zwei unvergessliche Tage. Anfangs Dezember wurde ich auf der Hinreise zum Bundeshaus zu meinem Legislatur- und Sessionsbeginn begleitet von den Medien, unserer Geschäftsführerin Barbara Müller und meinem Vater. Danach nahm ich am ökumenischen Eröffnungs-Gottesdienst teil, bevor ich anschliessend als Nationalrätin vereidigt wurde. Dieser Moment wird für mich besonders in Erinnerung bleiben, genauso wie die Gesamterneuerungswahlen des Bundesrates.

Weggefährtinnen und Weggefährten

Neben meinem Platz 113 sitzen Nick Gugger und – gleich nach ihm – Marianne Streiff-Feller. Ihnen bin ich dankbar, dass sie mich unterstützen und mir beim Einarbeiten und Zurechtkommen helfen. Auf das Zusammenarbeiten mit ihnen freue ich mich sehr. Ich darf zudem neben Simon Stadler (links von mir) sitzen, dem einzigen Nationalrat aus dem Kanton Uri und Jüngstem in unserer Mitte-Fraktion, der CVP-EVP-BDP. Zusammen mit weiteren 24 Mitgliedern des Nationalrates werde ich in der Kommission Wissenschaft, Bildung und Kultur sein. Ich bin dabei, mir die Namen aller Parlamentarier und Parlamentarierinnen einzuprägen, nicht zu vergessen alle weiteren Personen, die

eine Funktion im Bundeshaus ausüben. Viele spannende Begegnungen und Gespräche haben bereits stattgefunden.

Erste Vorlagen

Für mich erfreulich war die Nicht-Unterstützung einer Kürzung der IV-Kinderrenten, die neu «Zusatzrenten für Eltern» heissen sollen. IV-Rentner und Rentnerinnen erhalten für ihre Kinder eine Unterstützung. Bei einer Kürzung wäre eine Verlagerung auf Ergänzungsleistungen unumgänglich geworden. Der alt besetzte Nationalrat hatte diese Kürzung noch unterstützt, nicht aber der Ständerat. Diesem folgte nun der Nationalrat in der neuen Zusammensetzung.

Für eine Minderheit der Mitte-Fraktion wehrte ich mich gegen eine Verschärfung beim Zivildienst. Die vorgeschlagenen Änderungen – so meinen wir – machen den Militärdienst nicht attraktiver. Nur knapp trat der Rat auf die Vorlage ein und hiess die Verschärfungen gut. Nach einer Differenzbereinigung im Ständerat wird dann die Schlussabstimmung folgen. Ein Referendum ist nicht ausgeschlossen.

Videobotschaften zu zentralen Anliegen der EVP im Nationalrat unter:
www.lilianstuder.ch, www.facebook.com/studerlilian/, www.evpev.ch

EDITORIAL



Tabea Stauffer

Das vergangene Jahr war grossartig! Zunächst freute ich mich riesig über den gewonnenen Nationalratsitz der EVP Aargau und ebenso, dass die EVP vielerorts den Stimmenanteil hat ausbauen können. Deshalb blicken wir von der *jevvp überaus dankbar auf dieses Jahr zurück.

Bereits setzen wir uns mit den neuen Zielen und Visionen für das neue Jahr auseinander. Diese lassen sich in zwei Bereiche unterteilen: Einerseits möchten wir gegen aussen mit Aktionen und politischer Präsenz sichtbar sein. Denn wir glauben, dass viel mehr Menschen unsere Ansichten teilen als heute für uns stimmen. Andererseits möchten wir auch gegen innen aktiv sein und unsere Mitglieder fördern. Die *jevvp soll ein Abbild ihrer Mitglieder sein. Diese sollen sich gemäss ihrem individuellen Potenzial dort engagieren, wo Probleme sind, wo Diskussions- und Handlungsbedarf besteht.

Mit der Hoffnung, auch Sie mögen Ihr Potenzial entdecken und einsetzen, wünschen wir von der *jevvp ein gesegnetes neues Jahr.

PAROLEN (NAT. UND KANT.)

- **NEIN** zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»
- **STIMMFREIGABE** zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes betreffend Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung
- **NEIN** zum Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBuG)



Uriel Seibert, Fraktionspräsident, Schöftland

Ob die Grossräte und Grossrätinnen wohl unter Wahlmüdigkeit litten? Oder ob einfach die fleissigsten Vorstösseschreiber/innen nun nach Bern gewählt wurden und deshalb Regierung und Parlament weniger mit ihren Anliegen auf Trab halten? Ungeachtet des Grundes erstaunt mich die im Vergleich tiefe Anzahl Vorstösse, welche jeweils während den Sitzungen dieses Quartals eingereicht wurden.

Ob wahlmüde oder nicht, gefordert waren wir als Grossräte und Grossrätinnen trotzdem, standen in diesem Quartal doch ganze zwölf Sitzungen an. Dabei zeigte sich der Rat bei den Budgetverhandlungen äusserst Gesprächig. So brauchten wir fast vier Sitzungen, obwohl die Vorlage des Regierungsrates abgesehen von der Kürzung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen an das Kantonsspital Aarau vom Parlament kaum verändert wurde. Eine besondere Freude bereitete unserer Fraktion die mit dem Bud-

get genehmigte Stellenaufstockung bei Polizei und Staatsanwaltschaft für die Bekämpfung von Cyberkriminalität und Menschenhandel – hatte doch unsere Fraktion 2018 genau in diesem Bereich Massnahmen per Postulat gefordert.

Weitere wichtige Geschäfte des vergangenen Quartals waren das Reformvorhaben Immobilien, das Mehrjahresprogramm öffentlicher Verkehr 2020, das Naturschutzprogramm Wald und die Änderung des Spitalgesetzes. Wobei das letztere Geschäft wohl mit Abstand jenes mit der grössten Sprengkraft gewesen wäre, hätte der Regierungsrat nicht alle stärker umstrittenen Reformpunkte des Spitalgesetzes aus der zu behandelnden Vorlage herausgenommen und auf spätere Revisionen verschoben. Dass so wenigstens gewisse wichtige Revisionspunkte angegangen werden, unterstützten wir sehr. Pilotprojekte im Gesundheitswesen empfanden wir als wichtig und sprachen uns dafür aus, die intermediären Angebote im Psychiatriebereich gesetzlich zu verankern, da die Krankenkasse viele ambulante psychiatrische Behandlungen nicht bezahlt. Abschliessend gilt zu erwähnen, dass von der eingangs geschilderten Wahlmüdigkeit die EVP nicht betroffen zu sein scheint. Ein Blick auf die eingereichten Vorstösse (in der nebenstehenden Liste) bestätigt dies.

VORSTÖSSE

- **Uriel Seibert hat eingereicht:**
Interpellation betreffend zeitliche Verkaufseinschränkungen von alkoholhaltigen Getränken zum Mitnehmen
- **Urs Plüss und Uriel Seibert haben eingereicht:**
Interpellation betreffend Überprüfung der Steuerabzüge
- **Roland Frauchiger hat eingereicht:**
Antrag auf Direktbeschluss betreffend Standesinitiative für die Einführung «Doppeltproportionale Divisormethode mit Standardrundung» (auch bekannt als Doppelter Pukelsheim) bei den Nationalratswahlen
- **Therese Dietiker hat eingereicht:**
Interpellation betreffend Dossierzahlen in der Sozialhilfe
- **Therese Dietiker hat mitlanciert:**
Interpellation betreffend Biodiversität im Siedlungsraum
Interpellation betreffend Sozialpädagogische Familienarbeit im Kanton Aargau
Motion betreffend Bevorschussung persönlicher Unterhaltsbeiträge



EVP-Gönner besuchen Strohdachmuseum

Peter Rytz, Vizepräsident, Kölliken

Für die EVP stellt die Finanzierung der nationalen und kantonalen Wahlen seit jeher eine grosse Herausforderung dar. Darum wurde vor circa 25 Jahren eine Gönnervereinigung ins Leben gerufen. Mit den Beiträgen können seither in den Bezirken ohne Kasse und Strukturen die anfallenden Kosten für die Nationalrats- und Grossratswahlen gedeckt werden. Als kleine Gegenleistung für

die Jahresbeiträge und um den Zusammenhalt innerhalb der Vereinigung zu fördern, führt die EVP jedes Jahr einen eigenen Anlass für ihre Gönner durch. Neumitglieder sind jederzeit herzlich willkommen. Anmeldung und Auskunft beim Sekretariat der EVP Aargau.

Im Spätherbst haben sich die Gönner in Kölliken im Strohdachmuseum getroffen. Der Präsident der Museumskommission hat die Führung vor dem Museum begonnen und im Garten erste Informationen zur Konstruktion der Hochstudhäuser gegeben. Anschliessend durften sich die EVP-ler im ersten Stock des Museums an einem Relief von Kölliken erklären lassen, wo die ursprünglich über 100 Strohhäuser im Dorf gestanden hatten. Erhalten geblieben sind drei Häuser, die heute noch ganz oder teilweise mit Stroh gedeckt sind. Gut 20 Häusern sieht man noch an, dass es sich um ehemalige Strohhäuser handelt. Eine grosse Zahl von Liegenschaften wurde baulich so

verändert, dass das Hochstudhaus fast nicht mehr erkennbar ist, und viele gibt es gar nicht mehr. Ebenfalls grosses Interesse weckte das Modell eines Hochstudhauses. Es machte die Konstruktionsweise gut sichtbar und es konnten einzelne Bauteile entfernt und wieder eingebaut werden.

Nach der Führung traf sich die Gruppe in der Bauernstube des Hauses zu einer dampfenden Suppe und einem kalten Plättli. Grossrat Christian Minder berichtete aus dem Rat und beantwortete Fragen. Der grosse Kachelofen und die eng sitzenden Gäste wärmten die gute Stube derart, dass von aussen, wo es unterdessen Nacht geworden war, durch die beschlagenen Butzenscheiben nur noch schemenhaft zu erkennen war, dass sich da eine Gruppe angeregt unterhielt. Frohes Lachen und heitere Stimmen drangen noch eine Weile auf die Dorfstrasse von Kölliken, bis sich alle wieder auf den Heimweg machten.



Nein und Stimmfreigabe für die Abstimmungen vom 9. Februar

Therese Dietiker, Co-Präsidentin, Aarau

An der Delegiertenversammlung der EVP Schweiz am 30. November in Weinfelden wurde die Nein-Parole zur Wohnraum-Initiative gefasst sowie Stimmfreigabe zur Erweiterung der Anti-Rassismus-Strafnorm beschlossen. Die Delegierten sagten zudem deutlich Nein zur Kündigungs-Initiative, die jedoch noch nicht am 9. Februar zur Abstimmung kommt.

Genossenschaftliches Wohnen ohne starre Quote

Mit grossem Mehr fassten die Delegierten die Nein-Parole zur Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen». Sie stellten sich damit hinter den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates. Dieser will den Rahmenkredit für den Fonds de Roulement auf 250 Millionen Franken aufstocken, was dringend nötig ist. Denn für viele bleibt es trotz Marktentspannung regional schwierig, finanziell tragbaren Wohnraum zu finden. Der Fonds ist ein erprobtes Instrument zur Förderung von genossenschaftlichem Wohnen.

Stimmfreigabe zum erweiterten Diskriminierungsschutz

Zum Referendum gegen die Erweiterung der Anti-Rassismus-Strafnorm wurde nach intensiver Diskussion die Stimmfreigabe beschlossen.

Nein zur Kündigungsinitiative

Die Delegierten sagten zudem deutlich Nein zur Kündigungsinitiative. Sie stellen sich damit hinter den bilateralen Weg der Schweiz mit der EU, den auch die Bevölkerung mehrfach an der Urne bestätigt hat. Gemäss Marianne Streiff verbaue die Initiative der Schweiz die Möglichkeit, am europäischen Markt teilzunehmen und diesen mitzugestalten – mit verheerenden Folgen für die Wirtschaft.



Abschied von Madeleine Nater

Am 18. November nahm eine grosse Trauergemeinde in der reformierten Kirche Windisch Abschied von Madeleine Nater. Sie ist nach längerer Krankheitszeit im 82. Lebensjahr verstorben.

Madeleine setzte sich über Jahrzehnte in der EVP Windisch für eine christlich geprägte Politik ein. Die ausgebildete Lehrerin engagierte sich von 1975 – 1981 in der Schulpflege und von 1982 – 2011 im Einwohnerrat. Selbst der Krebstod ihres Ehemannes Hans im Mai 1982 und die Verantwortung für die vier Kinder im schulpflichtigen Alter konnten ihrem Einsatz für Chancengleichheit keinen Abbruch tun. Die EVP verliert mit Madeleine eine starke Kämpferin für eine gerechte Politik.

Wechsel im Einwohnerrat Brugg

Konrad Zehnder hat nach 12 Jahren im Einwohnerrat seinen Rücktritt per Ende 2019 eingereicht. Mit Herzblut hat er sich für Brugg eingesetzt, wofür wir ihm von Herzen danken. Seine Erfahrungen und sein Fachwissen, das er als geschätzter Mitarbeit in den Kommissionen einbrachte (v.a. Verkehr, Altstadt und zuletzt Bau- und Nutzungsordnung), wird fehlen.



Als Nachfolgerin übernimmt Barbara Müller-Hefti sein Mandat. Die Mutter von drei Kindern ist Betriebswirtschaftlerin HF und arbeitet seit August 2019 in Teilzeit als Geschäftsführerin für die EVP Aargau. Wir wünschen Barbara Müller-Hefti viel Freude in dieser neuen Funktion.



Wechsel in der EVP-Fraktion

Da Lilian Studer nun in Bern Parlamentsarbeit leistet, hat sich die Fraktion der EVP-BDP verändert. Unter der Leitung von Uriel Seibert politisieren für die EVP im Aargauer

Grossen Rat (von links nach rechts): Lutz Fischer-Lamprecht, Therese Dietiker, Urs Plüss, Uriel Seibert, Christian Minder und Roland Frauchiger.

NEIN zu den KBüG-Änderungen

An der Parteiversammlung vom 8. Januar hat die EVP nach intensiver Diskussion die Nein-Parole zu den Änderungen des Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBüG) gefasst.

Dass der Aargau mit der Hürde von zehn Jahren ohne Sozialhilfe ein Sonderverfahren entwickelt, kann sie nicht nachvollziehen. Sie bezeichnet es als fragwürdig, finanziell schlechter gestellten Menschen zusätzliche Steine in den Weg zur Einbürgerung zu legen.

Das Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBüG) muss aufgrund der neuen Einbürgerungsvorschriften des Bundes erneuert werden. Es wurde jedoch vom Grossen Rat zerpfückt und verworfen. Eine Motion nahm die Änderungsanträge nochmals auf, die der Rat im neuen Gesetz gerne gesehen hätte: Der Aargau soll die staatsbürgerlichen Kenntnisse gründlicher abfragen. Die

bestanden Tests sind dem Einbürgerungsgesuch beizulegen. Die Prüfungen werden nicht mehr während des Verfahrens gemacht. Zudem sollen die Kenntnisse über die Verhältnisse vor Ort während des Einbürgerungsgesprächs zusätzlich geprüft werden.

Die Teilnahme am Wirtschaftsleben als Bedingung für die Einbürgerung wird u. a. mit der Sozialhilfeunabhängigkeit definiert: Nur wer zehn Jahre ohne Sozialhilfe gelebt hat (bisher drei Jahre), kann sich einbürgern lassen.

Lilian Studer bezeichnete im Grossen Rat diese unverhältnismässige Verlängerung als Schikane gegenüber den Einbürgerungssuchenden. Sie wies darauf hin, dass Betreibungen für das Verfahren nur auf fünf Jahre hinaus relevant sind. Deshalb unterstützte die EVP im Grossen Rat das Behördenreferendum.

AGENDA

1. Februar 2020, 10.15–15.30 Uhr
Fokustag der EVP Schweiz zum Thema «Ehe für alle» (Nägeligasse 9, Bern)

6. Februar 2020, 18.15–20.15 Uhr
EVP-Kurs «Einführung in die webbasierte Adressverwaltung» (Josefstrasse 32, Zürich)

9. Februar 2020
Eidgenössische Volksabstimmung

2. März 2020, 18.15–20.45 Uhr
EVP-Kurs «Typo3 für Sektions-Webmaster» (Nägeligasse 9, Bern)

14. März 2020, 10.15–12.30 Uhr
101. ordentliche Delegiertenversammlung EVP Schweiz (Wettingen)

17. März 2020, 19.45–21 Uhr
Kantonalvorstand (TDS, Aarau)

1. April 2020, 19 Uhr
GV / Parteiversammlung (Amtshimmel, Rathausgasse 3, Baden)

Engagierte gesucht!

Die EVP setzt sich seit 100 Jahren für die Gestaltung und die Veränderung unserer Gesellschaft und der Institutionen ein. Aber wer ist denn das genau, die EVP? Wer entwickelt die Visionen, wer formuliert die Anliegen und Forderungen? Wer trägt die Inhalte in die Gesellschaft und sorgt dafür, dass diese umgesetzt werden können? Wer kommuniziert und argumentiert, wer organisiert Anlässe, schreibt Leserbriefe?

Die EVP, das sind wir alle! Jedes Mitglied, aber auch jeder Interessierte, jeder Wähler und jeder Kandidierende, alle, die in irgendeiner Form mithelfen, dass die EVP existiert. Die EVP gibt es gar nicht ohne alle diese engagierten Leute!

Die EVP ist auf die Mitarbeit der freiwilligen Helfer angewiesen. Es braucht dringend mehr Engagierte, die ihre Fähigkeiten und ihr Wissen für die Weiterentwicklung der EVP einsetzen. Da geht es nicht nur darum, ein Amt zu übernehmen; für die Basisarbeit

braucht es jede Frau und jeden Mann. Auch kleine Einsätze und einmalige Hilfeleistungen sind wichtig und nützlich. Wir veröffentlichen deshalb hier eine kleine Jobbörse und fordern euch auf: Meldet euch bei euren Ortsparteien oder auf unserem Kantonalsekretariat. Herzlichen Dank für das Engagement – damit die EVP existiert!



IMPRESSUM

Redaktion
Evangelische Volkspartei des Kantons Aargau
5000 Aarau

Herausgeber
Evangelische Volkspartei Aargau
Abonnement mindestens 15 Franken pro Jahr

Erscheinungsweise
viermal jährlich

Internet
www.evp-ag.ch

E-Mail Sekretariat
sekretariat@evp-ag.ch

Inserate, Adressverwaltung
Evangelische Volkspartei des Kantons Aargau
5000 Aarau
Telefon 077 450 15 99

Realisation und Druck
www.jordibelp.ch

Auflage
7'545 Exemplare